

Beschlussprotokoll der Delegiertenversammlung vom 31. März 2012 in La Chaux-de-Fonds

Vorsitz: Christian Levrat
Protokoll: Christian Götz
Anwesend: 180 Delegierte und 20 Gäste

Anmerkung des Protokolls:

Sämtliche Referate, Diskussionen und Wortmeldungen der Delegiertenversammlung werden aufgezeichnet und sind im Zentralsekretariat der SP Schweiz archiviert.

1. Eröffnungsgeschäfte

Die Delegiertenversammlung wird von David Roth, Vizepräsident der SP Schweiz, eröffnet. Zu Beginn erläutert er den Grund, warum La Chaux-de-Fonds als Versammlungsort gewählt wurde. Die Stadt wird seit einem Jahrhundert von der Linken verwaltet. Dies gilt es zu feiern. Unter der Schirmherrschaft der PS des Montagnes neuchâtelaises und mit Unterstützung der SP Neuenburg ist anlässlich dieses Jubiläums Anfang 2012 das Buch „La Chaux-de-Fonds 1912 – 2012. Histoire d'une ville de gauche“ erschienen. Zudem ist diese Region als traditioneller Industriestandort prädestiniert für eine Debatte der SP zum Werkplatz Schweiz.

Anschliessend begrüsst Laurent Duding, Präsident der PS des Montagnes neuchâtelaises, mit einer Willkommensrede die Delegierten und Gäste. Es folgt eine Ansprache zum 100 Jahre Jubiläum der linken Mehrheit in La Chaux-de-Fonds von Silvia Locatelli, Vize-Präsidentin der SP Neuenburg. Ein weiteres Grusswort richtet Baptiste Hurni, Präsident der SP Neuenburg, an die Versammlung.

Wahl der StimmzählerInnen und StellvertreterInnen

Beschluss: Es werden folgende StimmzählerInnen gewählt: Philipp Zimmermann, Rolf Keller, Simon Bischof, Günter Baigger, Martin Pfister

Beschluss: Es werden folgende StellvertreterInnen gewählt: Martin Nobs, Frederic Speich, Marcel Mesnil, Dorothée Kipfer, Andrea Jerger

Wahl der Mandatsprüfungskommission

Beschluss: Markus Müller und Andrea Bauer werden stillschweigend gewählt.

Tagesordnung

Beschluss: Die aktualisierte Traktandenliste gemäss Tischvorlage wird genehmigt.

Protokoll der DV vom 3. Dezember 2011 in Luzern

Beschluss: Das Protokoll wird mit bestem Dank an die Verfasserin genehmigt.

2. Mitteilungen

Die Stadt La Chaux-de-Fonds hat einen grosszügigen Beitrag an den Apéro am Schluss der Delegiertenversammlung gespendet – herzlichen Dank!

3. Rede Christian Levrat

Das Referat von Christian Levrat, Präsident der SP Schweiz und gewählter Ständerat des Kantons Freiburg, kann auf der Website der SP Schweiz www.spschweiz.ch heruntergeladen werden.

4. Rede Andy Tschümperlin

Die Rede Andy Tschümperlins, Präsident der SP-Bundeshausfraktion und Nationalrat des Kantons Schwyz, kann auf der Website der SP Schweiz www.spschweiz.ch heruntergeladen werden.

5. Präsentation: Interne Bildungsprojekte SP Schweiz

Jonas Steiner, Mitglied der Begleitgruppe Bildung, stellt das interne Bildungsprojekt als eines der 10 Reformprojekte der SP Schweiz vor. Am Parteitag in Lausanne wurde beschlossen, dass zukünftig 10 Prozent des Budgets in die interne Bildung fließen sollen. Die parteiinterne Bildung soll folglich wieder zu einem Markenzeichen der Partei werden.

Als einen ersten Schritt wurde die Schaffung einer 40%-Stelle auf dem Zentralsekretariat bewilligt, die ein neues Bildungskonzept verfassen und umsetzen soll. Diese Aufgabe wurde Anfang Jahr von Andrea Sprecher und Monika Bolliger übernommen.

Zuerst wurde mittels einer Umfrage ermittelt, wie es in den Kantonen um die interne Bildung steht. Abgesehen von wenigen Kantonalparteien und der JUSO waren die Ergebnisse ernüchternd. Gleichzeitig wurde aber von allen Seiten der Wunsch nach einem Ausbau der Bildungsprogramme geäußert. Folglich wurde die Begleitgruppe Bildung ins Leben gerufen, die sich am 1. März 2012 zum ersten Mal getroffen hat. Deren Aufgabe ist die Unterstützung und kritische Begleitung bei der Erstellung und Umsetzung eines neuen Bildungsprogramms. Jonas Steiner macht hier klar, dass diese Begleitgruppe allen offensteht und ruft dazu auf, dass sich Interessierte bitte bei Monika Bolliger melden.

Das Projekt sieht verschiedene Zielgruppen vor. Erstens ist geplant, die MandatärInnen gezielt zu stärken. Dies soll mit gezielten Schulungen (politisches Handwerk, Medienkompetenz) geschehen und damit gleichzeitig v. a. mittels Vernetzung der Austausch bestehender Erfahrungen und Wissensbestände gefördert werden. Eine zweite Zielgruppe sind die Sektionsverantwortlichen. Die Bildung in diesem Bereich zielt darauf ab, mehr Raum für politische Arbeit zu öffnen. Die Erneuerung des Sektionshandbuchs wurde bereits in die Hand genommen. Die dritte Zielgruppe ist die Basis der SP Schweiz. Hier sollen die ambitioniertesten Veränderungen erfolgen. Vorgängig ist das Ziel die GenossInnen in den GV's und MV's abzuholen und diese Versammlungen so rezupolitisieren. Es sollen Bildungsmodule zu politischen Themen und Grundwerten der Sozialdemokratie entwickelt werden. Um eine weite Verbreitung der Bildungsangebote zu ermöglichen werden TrainerInnen-schulungen (Train-the-Trainer-Schulungsprogramm) angeboten. Diese TrainerInnen sollen die Module dann in den Sektionen selbst durchführen.

Hier folgt mit dem Tausch von Traktandum 6 und 7 eine kurzfristige Umstellung des Programms.

7. Rede Bundesrat Alain Berset

SP-Bundesrat Alain Berset bedankt sich für die Einladung an die Delegiertenversammlung nach La Chaux-de-Fonds. Er streicht zu Beginn die symbolische Bedeutung des Versammlungsortes heraus und bedankt sich bei allen Frauen und Männern, die dieses 100-Jahre-Jubiläum der linken Mehrheit in La Chaux-de-Fonds möglich gemacht haben.

Alain Berset beschreibt das breite Aufgabenspektrum seines Departements des Innern. Er streicht dabei hervor, dass die Chancengleichheit, Solidarität und die soziale Sicherheit gleichzeitig zentrale Eckpfeiler der Politik seines Departements wie auch der Sozialdemokratie sind. Die Erfolge, die in diesen Bereichen von der SP und den Gewerkschaften erzielt wurden, müssen nicht nur gepflegt sondern auch entwickelt und verbessert werden.

In der Gesundheits- und Sozialpolitik sind verschiedene wichtige Projekte auf dem Weg. Die längst überfälligen Reformen bei der AHV müssen erneut angepackt werden. Die Berufliche Vorsorge veranlasst wegen der schwierigen Wirtschaftslage zur Sorge. Die Reformen bei der IV folgen sich auf dem Fuss und weitere Referenden sind absehbar. Die Gesundheitskosten sind ein ständig aktuelles Thema. Es darf aber nicht vergessen gehen, dass die steigenden Kosten auch damit zusammenhängen, dass die Menschen viel länger leben und der medizinische Fortschritt dies weiter fördert. Die Krankenversicherung ist ebenfalls eine soziale Versicherung. Wir dürfen nicht zulassen, dass wir irgendwann an einen Punkt kommen, an dem die Höhe des individuellen Bankkontos über die medizinische Behandlung entscheidet. Das System hat Schwächen, die wir aber auch konstant bearbeiten. Ziel ist es, mittels eines neuen Gesetzes die Kontrolle der Versicherer zu verstärken. Der Fall der EGK zeigt das exemplarisch. Aufgrund der grossen Uneinigkeit über Leistung, Kosten und technische Grundlagen sind grössere Reformen derzeit leider noch blockiert.

In der Sozialpolitik fokussieren sich die Diskussionen auf einzelne technische Themen. Es geht um die Erhöhung des Rentenalters oder die Senkung des Umwandlungssatzes, um damit auf die Entwicklungen reagieren zu können. Für Alain Berset heisst das, dass die einzelnen Pfeiler des Drei-Säulen-Systems isoliert voneinander betrachtet werden, was ihn skeptisch stimmt. Die zentralen Fragen bei der Sozialpolitik sind nicht technischer sondern politischer Natur: Welches Wohlstandsniveau und welche soziale Sicherheit garantieren wir Menschen im Pensionsalter? Wie gehen wir mit den Babyboomern um, die ins Rentenalter kommen? Wieviel sind uns die jeweiligen Ziele wert?

Auch die Gesellschaft erfuhre grosse Veränderungen. Es stellen sich im Feld der Sozialversicherungen auch Fragen nach unserem Umgang mit unterschiedlichen Formen von Lebensgemeinschaften, die Rollenaufteilung zwischen Mann und Frau, die Mobilität, die Flexibilität in den Arbeitsbedingungen und Teilzeitarbeitsmodelle. Die Herausforderungen im Feld der sozialen Sicherheit gelten also nicht nur für Menschen im Pensionsalter, sondern für alle Gesellschaftsgruppen.

Für Alain Berset ist klar, dass wir uns nicht ausschliesslich mit technischen Fragen aufhalten sollen, sondern uns auf die politische Dimension konzentrieren müssen. Er betont, dass wir heute eine einzigartige Chance haben, um das Drei-Säulen- und das Sozialversicherungssystem als Einheit zu begreifen und für diese als Ganzes eine globale Vision zu entwickeln.

Diese Reformen sind nur mit ausgewogenen und transparenten Lösungen möglich. Nur indem gemeinsame Lösungen gefunden werden, können die verhärteten Fronten aufgebrochen werden. Ein Ziel muss es sein, dass Vertrauen in das Drei-Säulen-System zu stärken und Transparenz zu schaffen. Nur mit Gewissheit über zukünftige Leistungen, können solidarische Vorsorge und Sozialversicherungen funktionieren. Auch müssen wir Möglichkeiten analysieren, um das Leistungsniveau zu schützen und zielgruppengerechte Verbesserungen zu erreichen. Eine der Massnahmen ist zum Beispiel, die integrierte Vorsorge, die am 17. Juni zur Abstimmung kommt. Alain Berset hätte sich eine weniger umstrittene Variante gewünscht, aber dies gilt ja nicht für das gesamte Projekt, sondern für den Weg dahin. Wir haben alle ein gemeinsames Ziel: Eine möglichst gute, bezahlbare Gesundheitsvorsorge für alle.

Alain Berset ist sich bewusst, dass die Anwesenden und er nicht immer der gleichen Meinung sein werden und dass wir nicht immer eine Mehrheit für unsere Anliegen finden werden. Trotzdem

müssen wir uns auf unsere gemeinsamen Werte konzentrieren: unser Engagement für eine starke, gerechte und solidarische Gesellschaft.

8. Plädoyer für den Werkplatz Schweiz

Constantin Seibt hält zur Einleitung ein Referat zur Krise des Werkplatzes.

Die 2007 ausgebrochene Krise hat 4 Erzählungen hervorgebracht. In der ersten haben sich die Banken wie Spielcasinos verhalten. Die Gewinne haben sie behalten und die Verluste den anderen überlassen. In der zweiten Erzählung nahmen die Kapitalströme rund um den Globus wie Tsunamis massiv zu. Man konnte das ab den 1990er Jahren in Russland, Argentinien, Brasilien und später in Asien. Das gleiche Phänomen wiederholt sich: Kapital fliesst in grossen Mengen an einen Ort, irgendwann bricht Panik aus und das Kapital wird noch schneller wieder abgezogen. Diese Tsunamis lassen Verwüstungen zurück. Schliesslich flossen diese Tsunamis mit der Dotcom-Blase und der letzten Krise ins Herz des Kapitalismus. Die dritte Erzählung trägt den Titel „Entmachtung der Politik“. Margaret Thatcher hat in den 1980er Jahren den Satz „There's no alternative“ geprägt. Dieser Satz wird in Bezug auf Deregulierungen, Massenentlassungen bis zu Rettungsschirmen bis heute gebraucht. Konsequenterweise ist damit die Idee verbunden, dass der Staat nicht viel machen kann und Wirtschaftspolitik somit den Privaten überlassen soll. 2008 begann sich die Politik wieder zu regen – mit Konjunkturprogrammen, mit Kapitalspritzen und mit Worten gegen Steueroasen und Bankenwesen.

Die Ergebnisse sind klar: die Banken wurden mehrmals gerettet. Die Steueroasen wurden teils ausgetrocknet aber das Geld hat sich trotzdem weiterverschoben und die Spitzensteuersätze sind weiter gesunken. Die Krise bezahlen die kleinen Leute. Wenn die Geldströme verfolgt werden, wird klar, dass eine Machtverschiebung stattgefunden hat – von der westlichen Mittelklasse zu einer Art Oligarchie. Vom Boom hat nur das obere erste Prozent profitiert. Die Gehälter sind dafür unten gesunken und in der Mitte nur wenig gestiegen. Es ist ebenfalls der gesamte Finanzsektor, der v.a. mit 20% vorwärts gemacht hat – im Vergleich zum Dienstleistungssektor mit nur 5-6%.

Damit hat sich ein enormes Erpressungspotential aufgebaut, was man auch an den weiter gesunkenen Spitzensteuersätzen und Unternehmenssteuersätzen erkennen kann, während die indirekten Steuern gestiegen sind. Hier ist eine neue Herrscherkaste entstanden – eine Art Parallelgesellschaft mit einem Statuswettbewerb um Yacht- und Villengrösse. Diese geben aber keine Antwort auf die drängenden Fragen zur herrschenden Ideologie der letzten 30 Jahre, ob sie nun Shareholdervalue oder Neoliberalismus genannt wird. Diese Ideologie oder Theoriegebäude scheinen aber mit der Wirklichkeit nicht viel zu tun zu haben. Ihre einzige Prämisse ist die, dass Staatseingriffe grundsätzlich schlecht sind, ausser sie helfen den grossen Unternehmen. Diese Ideologie wird aber heute beibehalten, obwohl wir sehen, dass sie nicht rentiert hat. Es gibt aber erstaunlicherweise keine Alternativen und keine anderen Ideen. Stattdessen erhalten die Technokraten mehr Macht, wie die Rettungsschirme und die Massnahmen bei den Wechselkurssystemen zeigen.

Auch die Linke hat seit Jahren keine anderen politischen Alternativen zu bieten – sie kann sich auf keine einigen. Die Macht der Oligarchie speist sich auch dadurch, dass ihrer Idee nichts anderes entgegengesetzt wird. Das zentrale politische Schlachtfeld ist aber zukünftig die Mittelklasse. Es ist neu, dass sich die Mittelschicht von der Oberklasse abwendet. Das sehen wir auch am Aufkommen der neuen Parteien, seien es BDP, Grünliberale oder Piratenpartei. Sie könnte in diesen Zeiten mit immer neuen aufkommenden Krisen eine neue Verbündete der SP sein. Die SP ist aber zu einer konservativen, vernünftigen, liberalen, staatsfreundlichen, gesetzten Partei geworden – zuständig für Reparaturen. Die SP braucht heute ein Projekt, um aus der ökonomisch selbstverschuldeten Unmündigkeit herauszukommen. Die SP muss nicht mal Lösungen per se anbieten, aber v.a. den Menschen erklären, wie es soweit kommen konnte und warum die heutigen Wirtschaftsmassnahmen überhaupt getroffen werden. Auch stellt die SP zwar die Frage nach der Gerechtigkeit, müsste sich aber zukünftig auch wieder der Freiheit zuwenden. Die bürgerliche Strategie sieht vor, aus der Schweiz ein Reservat für Milliardäre und Unternehmen zu machen. Damit wird der Rest zu Lakaien herabgestuft. Darum stellt sich auch die Frage, ob wir den Werkplatz oder den Finanzplatz stärken wollen. Der Werkplatz bedeutet ein Land des Stolzes, wo man stolz auf die Produktion eines Produktes ist.

Resolution der Geschäftsleitung der SP Schweiz

R-1: Für einen starken Arbeitsplatz und eine Währungspolitik im Interesse aller

Susanne Leutenegger Oberholzer, Nationalrätin des Kantons Baselland, erläutert den Inhalt der Resolution in einer Kurzpräsentation.

Die wirtschaftspolitische Vision der SP ist klar und wurde schon in mehreren Papieren dargelegt. Die SP will eine Schweiz mit Vollbeschäftigung, mit existenzsichernden Löhnen und mit einer Industrie, die ein Schwerpunkt der Beschäftigung darstellt. Hier will die Resolution anknüpfen. Die Industrie war lange das Rückgrat der schweizerischen Wirtschaft. Sie hat aber stark an Bedeutung verloren. Wir stehen vor der Gefahr einer Deindustrialisierung. Auf der anderen Seite steht ein ausgeblähter Dienstleistungssektor - v.a. im Finanzmarkt. Dieser wird mehr und mehr zum Klumpenrisiko für unsere Volkswirtschaft. Dieser Finanzmarkt muss umgebaut werden, auch weil die Steuerhinterziehung als Geschäftsstrategie nicht mehr haltbar ist. Umso wichtiger ist es, die Industriepolitik ins Zentrum unserer Politik zu nehmen.

Eine Gefahr für den Industriestandort liegt in der Währungspolitik und genauer beim Frankenkurs. Um einen grossen Arbeitsplatzeverlust v.a. in der Industrie zu verhindern, fordern wir eine weitere Erhöhung der Kursuntergrenze zum Euro auf 1.40. Es sind v.a. zwei Exportbranchen, die im Moment noch profitieren: die Uhrenindustrie und die Pharma. Die Probleme sind aber unhaltbar in der Maschinen- und Tourismusindustrie. Der Schweiz droht wenn nicht eine Rezession, so sicher eine Stagnation. Mit dem daraus folgenden Druck auch auf die Arbeitsbedingungen und Löhne droht eine Umverteilung nach oben. Das will die SP politisch nicht verantworten.

Darum fordert die SP eine Wirtschaftspolitik, die auf den Arbeitsplatz setzt und in der die Industriepolitik im Zentrum steht. Die Nationalbank muss weiter entsprechend reagieren und den Frankenkurs massiv senken. Die Nationalbank und der Bundesrat haben bisher ungenügend diese Herausforderungen angenommen. Mit dieser Resolution bekräftigt die SP ihre bisherige Stossrichtung.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme der Resolution.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Resolution wird im Sinne der Geschäftsleitung einstimmig bei 2 Enthaltungen angenommen.

8. Parolenfassung für die eidgenössischen Abstimmungen vom 17. Juni 2012

I. Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) (Managed Care)

Antrag der Geschäftsleitung: Nein zur Änderung des Bundesgesetzes

Gegenantrag von Roland Näf: Stimmfreigabe

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegierten beschliessen mit 133 zu 20 Stimmen die Nein-Parole.

II. Volksinitiative «Für die Stärkung der Volksrechte in der Aussenpolitik (Staatsverträge vors Volk!)»

Antrag der Geschäftsleitung: Nein zur Initiative

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegierten beschliessen einstimmig die Nein-Parole.

III. Volksinitiative «Eigene vier Wände dank Bausparen»

Antrag der Geschäftsleitung: Nein zur Initiative

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegierten beschliessen einstimmig die Nein-Parole

9. Wahlen in Frankreich: Aufruf der PS France

Nicole Castioni, Kandidatin PS France für die französische Nationalversammlung im Wahlkreis Schweiz-Liechtenstein, ruft die Delegierten dazu auf, Doppelbürger und französische Bürger in ihrem Umkreis für die Wahlen und für eine sozialistische Stimme zu mobilisieren. Das ist wichtig, weil die Chance für Veränderungen besteht: auf präsidentieller und auf legislativer Stufe. Besonders auf legislativer Stufe erhalten die Auslandsbürger zum ersten Mal die Chance mitzubestimmen. Die Unterstützung aus der Schweiz ist besonders entscheidend. In beiden Ländern sind jeweils die beiden Diasporas die grössten. Beidseitig ist darum die Mobilisierung wichtig. Nicole Castioni bittet die Delegierte um Unterstützung und eine sozialistische Wahl vom ersten Wahlgang an.

Mathieu Béguelin ergreift das Wort und fordert die Delegierten dazu auf, ihre Stimme ebenfalls Jean-Luc Mélenchon der Front de Gauche zu geben.

10. Resolutionen

Die ersten beiden thematisch ähnlichen Resolutionen werden zusammen behandelt.

Resolution der Coordination des PS romands

R-2: Keine Spenden privater Unternehmen

Nach jahrzehntelangen Anstrengungen der SP Schweiz scheint die Forderung nach mehr Transparenz in der Parteifinanzierung endlich auf ein gewisses Echo zu stossen – sowohl in der breiten Öffentlichkeit wie auch auf Bundesebene. Die Vernunft gebietet jedoch, wachsam zu bleiben. Dies umso mehr, wenn jetzt diverse Banken den Moment nutzen wollen, um sich ein wenig Integrität zurück zu kaufen. Sie kündigen an, ausnahmslos sämtlichen Parteien (also auch der SP Schweiz) Spenden zukommen zu lassen, die auf scheinbar objektiven Kriterien wie etwa der Vertretung in den eidgenössischen Räten beruhen.

Die Coordination des PS romands ist der Ansicht, dass wir unsere bisher vertretenen Meinungen verraten, wenn wir solche Spenden privater Unternehmen annähmen. Es macht die Glaubwürdigkeit der SP aus, dass wir mit gutem Recht behaupten können, unabhängig von allen Interessenverbänden zu sein, welche ausserhalb des Umfelds unserer Aktivistinnen und Aktivisten sowie unserer

Sympathisantinnen und Sympathisanten liegen. Darum fordert die Coordination des PS romands die Geschäftsleitung auf, der ordentlichen Delegiertenversammlung vom 8. und 9. September in Lugano eine Änderung der Parteistatuten (etwa von Artikel 24) zu unterbreiten. Diese Statutenrevision soll unmissverständlich ausschliessen, dass juristische Personen oder andere Verbände mittels Spenden die Aktivitäten der SP Schweiz finanzieren.

Resolution der JUSO Schweiz

R-3: Parteispenden von Unternehmen – Keine Annahme von CS-Geldern!

Die Wirtschaft und die Reichen können immer stärker politische Entscheidungen beeinflussen. Die Wirtschaftsspitze findet in den bürgerlichen Parteien immer wieder dankbare Abnehmerinnen für ihre Millionen. Die Grossbank erstellt eine Liste mit den für sie wichtigen Abstimmungen, die Anzahl „richtiger“ Stimmen der Nationalräte und Nationalrätinnen wird dann mit einem festgelegten Fixbetrag multipliziert. Mit anderen Worten: Jeder bürgerliche Parlamentarier und jede Parlamentarierin weiss bei jeder Abstimmung genau, welche Entscheidung für ihre Parteikasse ein finanzielles Plus oder Minus bedeutet. Wir können uns nicht darauf verlassen, dass diese Unternehmen nicht weiterhin im Verdeckten zusätzliche Gelder zu den bürgerlichen Parteien und Komitees schieben, und wir wissen nicht, was mit den Geldern passiert, welche an politische Kampagnen oder an Verbände fliessen. Wir müssen uns zudem die Frage stellen, woher dieses Geld der Unternehmen kommt und mit welchen Methoden es erwirtschaftet wurde.

In Bezug auf die mögliche Annahme von Spenden von Unternehmen müssen wir ganz klare Regeln und Bedingungen aufstellen, die erfüllt werden müssen: Das Unternehmen erwirtschaftet seinen Gewinn mit sauberen Methoden, das spendende Unternehmen teilt die Gesamtsumme an Spendengelder gemessen an der Anzahl der ParlamentarierInnen auf die Parteien auf mit einem weitergehenden Spendenverzicht, die Spende darf niemals an Bedingungen geknüpft werden. eine finanziell-organisatorische Abhängigkeit von Firmenspenden muss vermieden werden, Parteispenden von Abzockern wie der Crédit Suisse müssen direkt durch das Unternehmen an Hilfswerke bzw. Entwicklungsprojekte überwiesen werden,

Die JUSO fordert weiterhin: Die Politik und damit auch die Parteien, welche einen substanziell wichtigen Beitrag zum Funktionieren unseres politischen Systems beitragen, müssen deshalb staatlich finanziert werden.

Wortmeldung: Arne Hegland (GR)

Er unterstützt die Position der Coordination des PS romands und ruft ebenfalls dazu auf der Empfehlung der Geschäftsleitung zu folgen, damit eine breite Diskussion auch in den Sektionen und Kantonalparteien stattfinden kann.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Zur Prüfung entgegennehmen

Begründung: Die SP Schweiz lanciert zur Frage der finanziellen Zuwendungen aus der Wirtschaft eine Vernehmlassung bei den Kantonalsektionen. Dabei sollen ganz konkret die Voraussetzungen einer Annahme oder Ablehnung solcher Mittel diskutiert werden. Diese parteiinterne Diskussion soll möglichst breit geführt und abschliessend im Rahmen einer Delegiertenversammlung behandelt werden. Es scheint der GL daher nicht angebracht, dieser demokratischen Debatte jetzt mit einer solchen Resolution bereits vorzugreifen.

Beschluss der Delegiertenversammlung:

Die Resolutionen der Coordination des PS romands und der JUSO Schweiz zu den Parteispenden werden zur Prüfung entgegen genommen

Resolution der SP Jura

R-4: Nein zu Anpassungen der Krankenkassenprämien während des Jahres

Am 22. Februar dieses Jahres teilte die Krankenversicherung EGK ihren Tausenden von Versicherten mit, dass ihre Prämien auf den 1. Mai hin «angepasst» würden. Durchschnittlich beläuft sich diese Prämienhöhung auf 11 Prozent. Manche Versicherte müssen jedoch künftig 70 Prozent mehr bezahlen. Das Bundesamt für Gesundheit hat diese ausserordentliche Prämienhöhung genehmigt, ohne dass die Kantone darüber im Voraus informiert worden wären. Es ist inakzeptabel, wenn das Bundesamt für Gesundheit eine derartige Anpassung gutheisst. Und es ist an sich schon unverschämt, von einer «Anpassung» zu reden, wenn manche Versicherte bis zu 70 Prozent mehr zahlen müssen.

Dieses Beispiel zeigt einmal mehr – falls es denn überhaupt noch nötig ist – wie wichtig und notwendig eine öffentliche Krankenkasse ist. Bis es jedoch soweit ist, muss verhindert werden, dass sich solche Vorkommnisse wiederholen. Deshalb sind wir der Ansicht, dass die SP Schweiz vom Bundesamt für Gesundheit fordern muss, künftig keine Prämienanpassungen im Jahr nach deren Publikation mehr zu genehmigen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme der Resolution

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Resolution wird im Sinne der Geschäftsleitung stillschweigend angenommen.

Resolution der SP Frauen Schweiz

R-5: Keine Angriffe auf die Fristenregelung

Vor zehn Jahren ist in der Volksabstimmung vom 2. Juni 2002 die Fristenregelung mit über 72 Prozent Ja-Stimmen angenommen worden. Dieser Entscheid basierte auf einer jahrzehntelangen breiten Diskussion in der Öffentlichkeit. Die Fristenregelung hat den Frauen das Recht auf einen eigenverantwortlichen Entscheid über den Abbruch einer ungewollten Schwangerschaft gebracht. Die Zahlungspflicht der Krankenversicherung für den Eingriff war integrierender Bestandteil der Abstimmungsvorlage und wurde vom Volk klar gutgeheissen. Die Fristenregelung hat sich in den 10 Jahren seit der Abstimmung bewährt.

Wir bekämpfen jeglichen Angriff auf diese Errungenschaften. Die Volksinitiative „Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache“ und die Petition „Gegen die Sexualisierung der Volksschule“ sind abzulehnen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme der Resolution

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Resolution wird im Sinne der Geschäftsleitung stillschweigend angenommen.

Resolution der SP Frauen Schweiz

R-6: Gleichstellung stärken

Die Frauenkoordination der SP Frauen Schweiz hat an ihrer Sitzung vom 10. März 2012 beschlossen, der DV vom 31. März eine Fristverlängerung für die Berichterstattung der AG „wirkungsvolle Gleichstellungspolitik“ bis zum Parteitag 2012 oder bis zur ersten Delegiertenversammlung 2013 zu unterbreiten.

Die Delegiertenversammlung der SP Schweiz hat an der DV vom 25. Juni 2011 die Geschäftsleitung beauftragt, unter der Leitung des Parteipräsidiums eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die sowohl Inhalte, als auch Fragen der Strukturen und Methoden für eine wirkungsvolle Gleichstellungspolitik

erarbeiten. Die Resultate sollen an einer Tagung diskutiert und zuhanden der Partei verabschiedet werden. Spätestens Mitte Juni 2012 soll die Partei über die neue Strategie entscheiden können.

Die SP Frauen begrüßen diese Diskussion. Sie ist wichtig und sollte, um ihr Ziel zu erreichen, breit abgestützt geführt werden. Die SP-Frauenkoordination hat deshalb am 10. März 2012 beschlossen der DV vom 31. März einen Antrag auf Verlängerung des Prozesses zu stellen und die Resultate dem Parteitag 2012 zu unterbreiten. Sollte der Parteitag so reich befrachtet sein, dass diese Diskussion keinen Platz mehr fände, könnte das Geschäft auch an der ersten DV 2013 traktandiert werden.

Wortmeldung: Ursula Nakamura (SP Frauen Aargau)

Sie unterstützt die Resolution der SP Frauen Schweiz und betont nochmals die Wichtigkeit einer breiten Diskussion.

Wortmeldung Mattea Meyer (ZH)

Sie unterstützt die Empfehlung der Geschäftsleitung und streicht heraus, dass dieses Geschäft bereits wegen der Wahlen 2011 aufgeschoben wurde und die parteiinternen Diskussionen durchaus geführt wurden. Eine weitere Verzögerung sei nicht wünschenswert.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnen

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Resolution wird im Sinne der Geschäftsleitung mit offensichtlichem Mehr abgelehnt.

Resolution der Geschäftsleitung der SP Schweiz

R-7: Solidarität mit dem syrischen Volk

Der arabische Frühling, der den verbreiteten Wunsch nach Freiheit, Würde und Demokratie zum Ausdruck brachte, hat uns alle begeistert, grosse Hoffnungen geweckt und verdient unsere grösstmögliche Solidarität und Unterstützung. Der von einer neuen Generation – namentlich vielen Jugendlichen und Frauen – mit bewundernswertem Mut ausgetragene, überwiegend gewaltfreie Kampf stösst in Syrien jedoch auf eine äusserst brutale Repression. Auch die Schweiz hat bisher viel zu zögerlich oder gar nicht gehandelt. Der Bundesrat erliess ein Rüstungsembargo, ein Erdölembargo, eine Finanzblockade und Reiseverbote, alle dies aber jeweils erst im Gefolge der EU und mit viel zu wenig Nachdruck. Die SP Schweiz fordert den Bundesrat und die politischen Verantwortungsträger in der Schweiz, seine Gangart deutlich zu verschärfen und endlich folgende Massnahmen einzuleiten:

1. Alles für den sofortigen Stopp der Gewalt zu unternehmen.
2. Umfassende humanitäre Hilfe anzubieten und koordiniert mit dem IKRK und der UNO in Syrien einen humanitären Korridor durchzusetzen.
3. Ein grosszügiges Kontingent von besonders bedürftigen Flüchtlingen aufzunehmen.
4. Die ergriffenen Sanktionen gegen den Asad-Clan auszuweiten und wirksam durchzusetzen einschliesslich unangemeldeter Kontrollen bei Erdölhandelsfirmen mit Sitz in der Schweiz.
5. Die Vermögenswerte des Asad-Clan in all ihren Verästelungen zu blockieren und die erforderlichen Beweise zu sammeln, um deren kriminelle Herkunft gerichtlich beweisen zu können.
6. Endlich die anhaltenden Kriegsmaterialexporte der Schweiz in die Region einschliesslich den Golfstaaten zu stoppen.

7. Der syrischen demokratischen Opposition alle Unterstützung zu gewähren, damit sie in der Schweiz Konferenzen durchführen und ihre interne Spaltung überwinden kann.
8. Den Schutz und die Sicherheit syrischer Oppositioneller in der Schweiz mit nachrichtendienstlichen und polizeilichen Mitteln sicherzustellen.
9. Den Friedensplan des Syrien-Gesandten der UN und der Arabischen Liga, Kofi Annan, mit aller Kraft zu unterstützen, namentlich auch in allen Kontakten zu Russland, China und dem Iran.
10. Das Nötige vorzukehren, damit die in Syrien begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit strafrechtlich geahndet werden können und die Schuldigen nicht straf-frei ausgehen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme der Resolution

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Resolution wird im Sinne der Geschäftsleitung stillschweigend angenommen.

11. Schluss/Apéro

Als erstes wird Thomas Christen von der Delegiertenversammlung offiziell verabschiedet. Stéphane Rossini ehrt die Leistungen Thomas Christens als Generalsekretärs, bedankt sich und wünscht ihm alles Gute an seiner neuen Stelle. Die Delegierten begrüßen Thomas am Rednerpult mit einer stehenden Ovation.

Stéphane Rossini bedankt sich bei den Übersetzerinnen ??? und ???, der Technik ?? und dem Zentralsekretariat der SP Schweiz. Er bedankt sich für das Erscheinen, wünscht eine gute Heimreise und verweist auf die nächste Delegiertenversammlung am 23. Juni in Basel.

Zuletzt ergreift Laurent Kurth, SP-Mitglied des Gemeinderates der Stadt La Chaux-de-Fonds, das Wort. Er bedankt sich für die Wahl von La Chaux-de-Fonds als Austragungsort der Delegiertenversammlung und streicht nochmals die symbolische Bedeutung dieser Wahl heraus.

Schluss der Delegiertenversammlung: 15 Uhr

Für das Protokoll: Christian Götz